

setz unserer Partei allseitig und überall ohne Ansehen der Person angewandt wird;

3. wird sich das Verantwortungsbewußtsein der Parteileitungen gegenüber den Mitgliedern und Kandidaten entscheidend heben. Viele Genossen werden besser als bisher begreifen, welche große Ehre und Verpflichtung es bedeutet, Parteisekretär oder Mitglied der Leitung einer Parteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu sein;

4. wird sich ein neues, enges und richtiges Verhältnis des Vertrauens zwischen den Leitern und der Parteimitgliedschaft entwickeln.

Genosse Shdanow stellt über das Verhältnis zwischen den Leitern und den Massen auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU (B) fest:

„Die Massen haben sich daran gewöhnt, die Leiter als ihre Erwählten, als teure und nahestehende Menschen zu betrachten, die zugleich vor der Partei, vor den Massen, vor dem Volk verantwortlich sind.“

Unr ein solches Verhältnis des Vertrauens in den Parteiorganisationen, als Voraussetzung zur Verbesserung der Arbeit in Partei, Staat, Wirtschaft und Massenorganisation zu erreichen, muß gerade jetzt bei den Neuwahlen der Parteileitungen mit großem Ernst um die volle Entfaltung der innerparteilichen Demokratie gekämpft werden.

Wodurch wird die innerparteiliche Demokratie bei den Neuwahlen weiterentwickelt und gefestigt?

In der Vergangenheit wurde die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie vor allem durch folgende Tatsachen gehemmt:

Die Wählbarkeit der Leitungen wurde in vielen Fällen verletzt. Trotz der Beschlüsse des III. Parteitages bestanden in der letzten Zeit viele Parteileitungen der Grundorganisationen und leitende Organe in den Kreisen und Ländern zu einem großen Teil aus kooptierten Mitgliedern.

Das Recht der Mitglieder auf sachliche Kritik wurde in zahlreichen Fällen mißachtet. Das Verhalten des Genossen Lohagen zeigt mit aller Deutlichkeit, wie selbst Genossen in verantwortlichen Funktionen die Kritik ganz offen unterdrücken.

Die ehrlich gemeinten Vorschläge guter Parteimitglieder und Kandidaten zur Verbesserung der Arbeit wurden häufig ignoriert und nicht ernst genommen.

Die Parteileitungen legten nicht regelmäßig, oder in vielen Fällen gar nicht, vor der Mitgliedschaft oder dem Parteiaktiv **Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab.**

Die 8. Tagung des Zentralkomitees faßte wichtige Beschlüsse, die jetzt bei der Durchführung der Wahlen beachtet und angewandt werden müssen, um einen neuen, notwendigen Schritt zur Entwicklung des innerparteilichen Lebens zu gehen. Dazu ist besonders das gründliche Studium der Rede des Genossen Walter Ulbricht, der „Entschließung des Zentralkomitees der SED zu den Fragen der Kritik und Selbstkritik und zur Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei, der Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung“ und der „Direktive für die Wahlen der Delegierten zur II. Parteikonferenz und die Neuwahlen der leitenden Parteiorgane von den Grundorganisationen bis zu den Landesleitungen“ erforderlich.

Worauf kommt es jetzt bei der Entfaltung der innerparteilichen Demokratie an?

1. Die Freiheit der innerparteilichen Kritik muß gesichert werden.

Genosse Walter Ulbricht sagt dazu:

„Es ist notwendig, die Freiheit der innerparteilichen Kritik zu sichern. Einfache Genossen, die dabei Auffassungen äußern, die vielleicht nicht genau formuliert sind, dürfen deswegen nicht der Abweichung beschuldigt werden. Das würde die Gefahr der Einschüchterung der Genossen mit sich bringen.“

2. Jede Parteileitung ist verpflichtet, der Mitgliederversammlung bzw. der Delegiertenkonferenz, einen Rechenschaftsbericht vorzulegen, in dem die bisherige Arbeit gründlich überprüft und offen zu allen Fehlern und Schwächen Stellung genommen wird.

3. Die Mitglieder und Kandidaten haben nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, in den Mitgliederversammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen zur bisherigen Arbeit der Leitung in einer gründlichen Diskussion kritisch und selbstkritisch Stellung zu nehmen. Sie sollen Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit unterbreiten, die von der Mitgliederversammlung bzw. der Delegiertenkonferenz in die Entschließung aufgenommen werden können oder in gesonderten Beschlüssen als verbindliche Richtlinie für die neugewählte Leitung Gültigkeit haben.

4. Durch die Neuwahl der Parteileitungen von den Grundorganisationen bis zu den Landesleitungen wird mit dem Zustand Schluß gemacht, daß sich viele Parteileitungen einschließlich der Sekretäre zu einem großen Teil nur aus kooptierten Mitgliedern zusammensetzen. Das Kooptieren war vor allem in den Grundorganisationen und Kreisleitungen bzw. Sekretariaten zu einer Art „stillschweigenden Praxis“ geworden. Jetzt müssen die Leitungen und die Mitglieder die vorgeschlagenen Kandidaten für die Leitung sorgfältig überprüfen, damit wirklich die besten Genossen in die neuen Leitungen kommen. Bei den Kreis- und Landesleitungen werden entsprechend dem Beschluß des Zentralkomitees neben den Mitgliedern der Leitung erstmalig Kandidaten der Leitung gewählt. Das hilft uns nicht nur schneller neue Kader zu entwickeln, sondern ermöglicht auch, bei einem unvermeidlichen Ausscheiden eines Leitungsmitgliedes auf Beschluß der Leitung einen Genossen Kandidaten nachrücken zu lassen.

5. Die Durchführung der Wahl in geheimer Abstimmung ist für die volle Entfaltung der innerparteilichen Demokratie von besonderer Bedeutung. Die in der Direktive des Zentralkomitees zur Durchführung der Wahlen festgelegten Richtlinien über die Einzelheiten der Aufstellung der Kandidatenlisten, die Diskussion über die Kandidaten, ihre Befragung und der gesamte Wahlvorgang, sind von größter Wichtigkeit. Sie müssen von allen Parteimitgliedern sorgfältig studiert und in der Mitgliederversammlung bzw. Delegiertenkonferenz genau eingehalten werden.

Diese Direktive sieht u. a. vor, daß der Mitgliederversammlung bzw. Delegiertenkonferenz keine vollständige Kandidatenliste vorgelegt werden darf, sondern daß sie von den Mitgliedern bzw. Delegierten selbst aufgestellt und begründet werden muß und daß die Mitgliederversammlung darüber entscheidet, wer in die Kandidatenliste aufgenommen wird. In der Direktive heißt es: „Jeder Delegierte hat bei der geheimen Abstimmung das Recht, einzelne Kandidaturen zu streichen oder neue hinzuzufügen, unabhängig davon, wie groß die von der Versammlung, Konferenz oder dem Parteitag festgesetzte Anzahl der Mitglieder des zu wählenden Parteiorgans ist.“

Das zeigt, daß dem einzelnen Parteimitglied **keinerlei** Einschränkungen in seiner Entscheidung bei der Wahl der Leitung und der Delegierten auferlegt werden dürfen. Zugleich müssen sich jedoch auch alle Parteimitglieder der großen Verantwortung bewußt sein, die im vollen Umfang in ihren eigenen Händen liegt.

Die volle Entfaltung der innerbetrieblichen Demokratie bei der Vorbereitung der II. Parteikonferenz bedeutet einen gewaltigen Schritt vorwärts in der Entwicklung unserer gesamten Parteiarbeit. Jetzt kommt es darauf an, das entstehende neue Verhältnis zwischen den Leitungen und den Mitgliedern weiter zu entwickeln und zu festigen, überall dort, wo noch weiterhin Versuche unternommen werden sollten, die Kritik zu unterdrücken und die innerparteiliche Demokratie zu verletzen, muß entschlossen dagegen gekämpft und die Verantwortlichen müssen in aller Öffentlichkeit zur Verantwortung gezogen werden.